

Sozialstaatsentwicklung, Armut und Wohnungslosigkeit

Christoph Butterwegge

In den südeuropäischen Ländern, die von der EU, der EZB und dem IWF „kaputt saniert“ werden, steigt die Zahl der Obdachlosen seit geraumer Zeit stark an. Dort ist es zwar in der Regel wärmer als bei uns, ein Leben auf der Straße aber nicht minder beschämend, besonders für jene „Neuarmer“, die als unmittelbare Opfer der rigiden „Sparauflagen“ des europäischen Finanzimperialismus vom sozialen Absturz betroffen sind. Auch hierzulande waren in den vergangenen Wintern erfrorene und an offenen Feuern verbrannte Obdachlose zu beklagen, ohne dass sich Politik und Öffentlichkeit bisher ernsthaft mit dem Problem beschäftigt hätten. Dabei gehört eine warme Wohnung aufgrund der klimatischen Gegebenheiten bei uns zur verfassungsrechtlich geschützten Menschenwürde. Sie etwa im Falle der Überschuldung durch eine Zwangsräumung zu verlieren, bedeutet einen Schritt in die absolute, extreme oder existenzielle Armut.

Hier sollen die Zusammenhänge zwischen einer negativen Sozialstaatsentwicklung, Armut und Wohnungslosigkeit thematisiert werden. Dabei geht es zunächst um die Transformationsprozesse, denen der Sozialstaat im Rahmen einer neoliberalen Reformpolitik unterliegt. Anschließend wird untersucht, welche Folgen sich daraus für die Sozialstruktur der Bundesrepublik ergeben, bevor der sozialräumliche Aspekt einer Spaltung der Städte und das Problem vermehrter Wohnungslosigkeit ins Zentrum unserer Betrachtungen rücken.

1 Auf dem Weg zu einem anderen Wohlfahrtsstaat

Eine allgemein verbindliche Konvention darüber, was unter einem Sozial- oder einem Wohlfahrtsstaat zu verstehen ist, gibt es nicht. Stattdessen kursieren in Fachwissenschaft und Öffentlichkeit zahlreiche Definitionen, auf die hier nicht eingegangen werden kann (vgl. hierzu und zum Folgenden: Butterwegge 2013, S. 11 ff.). Letztlich bezeichnet die Wohlfahrts- bzw. Sozialstaatlichkeit eine Entwicklungsstufe moderner Industriegesellschaften, auf welcher der Staatsapparat neben seiner klassischen Ordnungs- und Repressionsfunktion eine wirtschaftspolitische Interventionsfunktion übernimmt und nicht mehr nur die (ex-

treme) Armut bekämpft, sondern auch die allgemeinen Lebensrisiken seiner Bürger/innen (Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit, Wohnungslosigkeit, Unterversorgung bzw. Pflegebedürftigkeit im Alter usw.) absichert und für einen gewissen sozialen Ausgleich zwischen den unterschiedlich gut situierten Bevölkerungsschichten sorgt. Zuletzt haben gravierende Veränderungen in der Architektur und Leistungsstruktur des Sozialstaates stattgefunden, die es rechtfertigen, von seiner grundlegenden Transformation zu sprechen.

1.1 Aus dem Wohlfahrts- wird ein neoliberaler Wettbewerbsstaat

Aus dem Wohlfahrtsstaat, wie man ihn bisher kannte, wurde ein „nationaler Wettbewerbsstaat“ (Joachim Hirsch), und zwar in zweierlei Hinsicht: Nach außen fördert er die Konkurrenzfähigkeit des „Wirtschaftsstandortes“ auf dem Weltmarkt und nach innen überträgt er die Marktmechanismen und Gestaltungsprinzipien der Leistungskonkurrenz bzw. betriebswirtschaftlicher Effizienz auf seine eigenen Organisationsstrukturen. Durch diese doppelte Transformation gewinnt der Wohlfahrtsstaat eine andere Qualität, während das Soziale seinen Eigenwert verliert und dem Ökonomischen unter- bzw. nachgeordnet wird. Bei dem durch neoliberale Prinzipien geprägten Wettbewerbsstaat handelt es sich um ein Staatswesen, das nicht mehr für alle sozialen „Kollateralschäden“ des kapitalistischen Wirtschaftens die Haftung übernimmt, die hierauf basierende soziale Ungleichheit verschärft und auf diese Weise den Boden für gesellschaftliche Ausgrenzungs- und Ethnisierungsprozesse bereitet.

Geht es nach dem Neoliberalismus, sollen die sozialen Sicherungssysteme ebenso wie Unternehmen und Gebietskörperschaften nach größtmöglicher kaufmännischer Effizienz streben, während ihr eigentlicher Zweck, Menschen in schwierigen Lebenslagen wirksam zu unterstützen, dahinter zurücktritt. „Ganz im Sinne der Ökonomisierung des Sozialen verdrängt dabei ein betriebswirtschaftlich orientiertes Leitbild von Qualitätsmanagement traditionelle Orientierungen von religiös oder ethisch motivierter Nächstenliebe, von Subsidiarität und Solidarität.“ (Kelle 2007, S. 113) Wettbewerb sowie Wahlfreiheit (für von Klienten zu „Kunden“ avancierte Sozialstaatsbürger/innen) beherrschen die Wohlfahrtsstaatskonzeption des Neoliberalismus, und sein Leitbild zielt auf die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit des jeweiligen Wirtschaftsstandortes. „Der Sozialstaat wird nicht mehr als Ergebnis von Machtkämpfen zwischen Arbeit und Kapital, Politik und Markt gesehen, sondern als Hebel, durch gezielte Investitionen in das ‚Humankapital‘ den Standort für (internationale) Investitionen und für das Finanzkapital attraktiv zu machen.“ (Klein 2004, S. 173)

1.2 Aus dem Sozial- wird ein Minimalstaat

Der „anarcholibérale“ Theoretiker Robert Nozick (o.J., S. 11) plädierte Mitte der 1970er-Jahre für einen „Minimalstaat“, der nur die (Rechts-)Sicherheit sowie den Schutz seiner Bürger/innen vor Dieben, Betrügern und Gewalttätern gewährleisten solle, sie aber nicht mittels seines Zwangsapparates dazu bringen dürfe, „anderen zu helfen, und ebenso wenig dazu, den Menschen um ihres *eigenen* Wohles oder Schutzes willen etwas zu verbieten“ (Hervorh. im Original, *Ch.B.*), vielmehr „Gleichgültigkeit gegenüber den Bedürfnissen und dem Leiden anderer“ in Kauf nehmen müsse. Der Würzburger Ökonom Norbert Berthold (1997, S. 55) will die Staatseingriffe nicht ganz so drastisch verringern und betrachtet die „Garantie eines Existenzminimums“ als „eigentliches Betätigungsfeld“ des Sozialstaates, auf welches sich dieser zurückziehen soll.

An die Stelle von Bedarfsorientierung und Lebensstandardsicherung tritt im neoliberalen Minimalstaat eine Basisversorgung, die nicht mehr als das Existenzminimum gewährt. Entsprechend rigide Leistungskürzungen im Sozialbereich werden meistens als Sparbemühungen ausgegeben, obwohl man die Kosten der Versorgung (etwa im Gesundheitssystem) damit häufig gar nicht senkt, sie vielmehr nur von der Solidargemeinschaft auf die Leistungsempfänger/innen überwälzt. Neoliberale möchten die Sozialleistungen drastisch reduzieren und zudem auf die „wirklich“ Bedürftigen konzentrieren. Leistungskürzungen finden im modernen Wohlfahrtsstaat aber erfahrungsgemäß gerade dort besonders frühzeitig, spürbar und nachhaltig statt, wo sie die am meisten Verletzlichen, am wenigsten widerstandsfähigen Bevölkerungsgruppen treffen: (Langzeit-)Arbeitslose, Alte, Kranke, Menschen mit Behinderungen, Obdachlose und Migrant(inn)en bzw. deren Kinder.

1.3 Aus dem Sozial- wird ein „Kriminalstaat“

Loïc Wacquant (2009, S. 314) charakterisiert die Janusköpfigkeit des Staates im modernen Finanzmarktkapitalismus, wenn er konstatiert, „dass der Neoliberalismus nicht zur Schrumpfung des Staates führt, sondern zur Errichtung eines *Kentaurenstaates*, der oben liberal und unten paternalistisch ist und den beiden Enden der sozialen Hierarchie jeweils ein radikal anderes Gesicht zeigt: ein wohlgestaltetes und zugewandtes Gesicht für die Mittel- und Oberklasse, eine furchterregende und drohende Fratze für die Unterschicht.“

Gegenüber den Armen ist der neoliberale Minimalstaat eher „Kriminal-“ als Sozialstaat, weil ihn die (vorgeblich aus Gründen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit nötige) Leistungsreduktion verstärkt zur Repression gegenüber

Personengruppen zwingt, die als Globalisierungs- bzw. Modernisierungsverlierer/innen und als Opfer seiner rückwärtsgerichteten „Reformpolitik“ bezeichnet werden können. Längst erstreckt sich über die westlichen Industriestaaten mit Ausnahme ihres eigentlichen Schlüsselbereichs, der Wirtschaftssphäre, eine „Kultur der Kontrolle“, wie der US-amerikanische Kriminologe und Soziologe David Garland (2008) den allmächtigen Drang nach Disziplinierung fast aller sozialen Sphären nennt.

Je weniger soziale Sicherheit der Wohlfahrtsstaat gewährt, umso größer wird die Innere Sicherheit geschrieben. Um die Jahrtausendwende fand das New Yorker Beispiel eines härteren Durchgreifens gegenüber „sozialen Randgruppen“ wie Alkoholikern und anderen Drogenabhängigen, Obdachlosen und Bettlern sowie Angehörigen jugendlicher Subkulturen und ethnischer Minderheiten auch diesseits des Atlantiks begeisterte Nachahmer (vgl. dazu: Ortner u.a. 1998; Leiterer 2007). Nach dem 11. September 2001 wurden die Terroranschläge auf das World Trade Center und das Pentagon nicht nur in den Vereinigten Staaten, die den U.S. Patriot Act erließen, als Vorwand für massive Einschränkungen der Bürgerrechte benutzt (vgl. dazu: Unger 2006; Gössner 2007; Trojanow/Zeh 2009). Sie verringern die Möglichkeiten sozial Benachteiligter, Widerstand gegen den „Um-“ bzw. Abbau des Wohlfahrtsstaates zu leisten.

1.4 Aus dem aktiven wird ein „aktivierender“ Sozialstaat

An die Stelle des *aktiven* Sozialstaates, wie man ihn bisher kannte, tritt immer mehr ein *aktivierender*, d.h. Hilfebedürftige nicht ohne entsprechende Gegenleistung alimentierender Sozialstaat. Die verlangte Übernahme von „Eigenverantwortung“ meint gerade nicht die Selbstbestimmung der Bürger/innen, sondern das Gegenteil: „Der Imperativ der Eigenverantwortung vereinzelt und entsolidarisiert. Er hinterfragt gar nicht, welche Bedingungen gegeben sein müssen, damit Menschen überhaupt Verantwortung für sich selbst und auch andere übernehmen können.“ (Mührel 2005, S. 679) Schon der Terminus „aktivierende Arbeitsmarktpolitik“ diffamiert Erwerbslose im Grunde als (zu) passiv, denn sonst könnten und müssten sie ja nicht durch geeignete Maßnahmen „aktiviert“ werden.

Statt der Bedürftigkeit – wie im aktiven – löst im „aktivierenden Sozialstaat“ erst die (Bereitschaft zur) „Gegenleistung“ eines Antragstellers die staatliche Leistungspflicht aus. Damit hören Hilfebedürftige auf, Wohlfahrtsstaatsbürger/innen mit sozialen Rechtsansprüchen zu sein, und werden zu Objekten der von ihnen Entgegenkommen fordernden und sie nur dann ggf. fördernden Verwaltung herabgewürdigt. Dem Wohlfahrtsstaat wird hierdurch eine ihm ur-

spränglich fremde, nämlich die *Tausch*logik der Marktökonomie, implantiert. Ein „aktivierender Sozialstaat“ ist damit kein Gegengewicht zu dieser, aber auch kein Garant demokratischer Verhältnisse mehr. Achim Trube (2006, S. 42) spricht von einem „Konditionalstaat repressiven Typs“, welcher keine Leistung ohne entsprechende Gegenleistung gewähren wolle: „Der Paradigmenwechsel besteht dabei vor allem darin, dass ein zuvor unbedingtes Bürgerrecht, d.h. die existenzielle Grundsicherung des eigentlichen Souveräns der Republik, zur Disposition der (Arbeits-)Auflagen durch den Staat und seine Organe gestellt wird, obwohl der Staat doch seine verfassungsrechtliche Legitimation erst durch die – auch existenziell – souveränen Bürger beziehen kann.“

1.5 Das Gemeinwesen wird in einen Wohlfahrtsmarkt und einen Wohltätigkeitsstaat gespalten

Wortführer des Neoliberalismus wie Rainer Hank (2000, S. 209) fordern die Beschränkung auf einen „Kernsozialstaat“, der nur noch dann tätig werden soll, wenn für Risiken „auf privaten Kapital- und Versicherungsmärkten eine effiziente Vorsorge nicht möglich ist. Dies gilt beim heutigen Zustand der Kapital- und Versicherungsmärkte allenfalls noch für die Arbeitslosenversicherung, nicht aber für die Kranken- und Rentenversicherung und schon gar nicht für die Pflegeversicherung.“ Perspektivisch droht das Gemeinwesen in einen Wohlfahrtsmarkt sowie einen Wohltätigkeitsstaat zu zerfallen: Auf dem Wohlfahrtsmarkt kaufen sich Bürger/innen, die es sich finanziell leisten können, soziale Sicherheit (z.B. Altersvorsorge durch Versicherungspolice der Assekuranz). Dagegen stellt der „postmoderne“ Sozialstaat nur noch euphemistisch „Grundsicherung“ genannte Minimalleistungen bereit, die Menschen vor dem Verhungern und Erfrieren bewahren, überlässt sie ansonsten jedoch der Obhut karitativer Organisationen und privater Wohltäter/innen.

Neoliberale möchten den Wohlfahrtsstaat am liebsten auf die Basisfunktion der Armutsbekämpfung, -vermeidung und -verringerung reduzieren. Schon Milton Friedman (1984, S. 244) erklärte die Privatwohltätigkeit zu der in mehrerer Hinsicht wünschenswertesten Form der Armutsbekämpfung: „Es ist bemerkenswert, daß in der Periode des Laissez-faire, in der Mitte und gegen Ende des 19. Jahrhunderts, in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien private Hilfsorganisationen und wohltätige Einrichtungen eine außergewöhnliche Verbreitung erfuhren. Einer der Hauptnachteile der Zunahme öffentlicher Wohlfahrt lag in der gleichzeitigen Abnahme privater Aktivitäten dieser Art.“ Umgekehrt haben das karitative Engagement, die ehrenamtliche Tätigkeit in der „Bürger-“ bzw. „Zivilgesellschaft“, die wohltätigen Spenden sowie das Stiftungswesen offenbar

gerade deshalb wieder Hochkonjunktur, weil man den Sozialstaat demontiert und dafür gesellschaftliche Ersatzinstitutionen braucht. An die Stelle des Sozialstaates tritt ein Staat der Stifter, privaten Spender und Sponsoren. Mit etwas Sarkasmus kann man durchaus einen politischen Hintersinn darin erkennen, dass dem Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (2010) das Europäische Jahr der Freiwilligenarbeit (2011) folgte.

1.6 Aus dem Sozialversicherungs- wird ein Fürsorge-, Almosen- und Suppenküchenstaat

Kennzeichnend für den *deutschen* Wohlfahrtsstaat war seit den Sozialreformen im wilhelminischen Kaiserreich, dass die Lohnarbeiter gegen allgemeine Lebensrisiken *versichert* wurden. Durch die Zahlung von Beiträgen, an der sich ihre Arbeitgeber später halbparitätisch beteiligten, erwarben sie – mittlerweile sogar verfassungsrechtlich geschützte – Ansprüche, die beim Eintritt des Versicherungsfalls befriedigt werden mussten. Heute plädieren nicht bloß Neoliberale für eine stärkere Steuerfinanzierung sozialer Leistungen, obwohl oder gerade weil sie genau wissen, dass Arbeitnehmer/innen im „Lohnsteuerstaat“ Bundesrepublik Deutschland erheblich stärker zur Ader gelassen werden als Kapitaleigentümer, Großaktionäre und Topmanager.

Michael Vester (2005, S. 26) charakterisiert die rot-grüne „Agenda 2010“ des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder mit ihrer Verlagerung der Existenzrisiken auf Kranke und Arbeitslose als Paradigmenwechsel von einem „Sozialversicherungsstaat für alle“ zu einem Fürsorgestaat, der sich nur noch um die Ärmsten kümmert. Vor allem das als „Hartz IV“ bezeichnete Gesetzespaket sollte die Arbeitslosigkeit (Verwaltung der davon Betroffenen) wie die Arbeit (Senkung des Reallohnlevels) billiger und die Bundesrepublik damit auf den Weltmärkten noch konkurrenzfähiger machen. Beschönigend als „Zusammenlegung mit der Sozialhilfe“ charakterisiert, war die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe ein Markstein auf dem Weg zum Almosen- bzw. Suppenküchenstaat, weil sie mit einer Abschiebung der Langzeitarbeitslosen in die Wohlfahrt einherging. War die Arbeitslosenhilfe eine Lohnersatzleistung, die sich noch Jahre oder Jahrzehnte später nach der Höhe des vorherigen Nettoverdienstes richtete, ist das Arbeitslosengeld II genauso niedrig wie die Sozialhilfe.

2 Armut in einem reichen Land – ein Resultat des Sozialabbaus

Die neoliberale Transformation des Sozialstaates führt zur Pauperisierung bzw. zur Prekarisierung eines größeren Teils der Bevölkerung, zur Polarisierung zwischen Arm und Reich sowie zur Peripherisierung ökonomisch weniger leistungsfähiger bzw. demografisch benachteiligter Regionen. Armut, die vor allem junge und alte Menschen trifft (vgl. hierzu: Butterwegge u.a. 2008; Butterwegge u.a. 2012) und in einem reichen Land mit sozialer Exklusion verbunden ist, kann man als eine besonders perfide Form struktureller Gewalt begreifen. Neben der Gesamtbevölkerung, die zunehmend in Arm und Reich zerfällt, spaltet sich die Armutspopulation selbst noch einmal. Den armen Erwerbslosen traten die erwerbstätigen Armen zur Seite. Mit mehrjähriger Verspätung der US-Entwicklung folgend, bildete das vereinte Deutschland einen breiten Niedriglohnsektor aus, der nicht nur typische Frauenarbeitsplätze umfasst (vgl. dazu: Mayer-Ahuja 2003; Strengmann-Kuhn 2003; Bosch/Weinkopf 2007). Je mehr (Dauer-)Arbeitslose es gab, umso problemloser ließen sich Personen für weit unter Tarif bezahlte „McJobs“ finden. Längst reichen viele Vollzeitarbeitsverhältnisse nicht mehr aus, um eine Familie zu ernähren, sodass ergänzend mehrere Nebenjobs übernommen werden und nach Feierabend bzw. an Wochenenden (zum Teil schwarz) weitergearbeitet wird.

Genauso wenig, wie die Globalisierung „naturwüchsig“ Arbeitslosigkeit und Armut erzeugt, zieht die materielle Deprivation von Menschen automatisch deren soziale Exklusion nach sich. Dafür ist vielmehr die Tatsache verantwortlich, dass der Neoliberalismus mit dem Standortnationalismus eine moderne Spielart des Sozialdarwinismus hervorbringt, welcher die Gesellschaft in mehr und weniger Leistungsstarke bzw. Gewinner und Verlierer/innen unterteilt. Ausgegrenzt wird, wer dem „eigenen“ Wirtschaftsstandort nicht oder wenig nützt und ökonomisch schwer verwertbar ist. Arbeitslose, Greise, Menschen mit Behinderungen, Obdachlose und Zuwanderer sehen sich immer häufiger dem Vorwurf ausgesetzt, „Sozialschmarotzer“ zu sein, sich „nicht zu rechnen“ und der „Standortgemeinschaft“ auf der Tasche zu liegen. Hierdurch entstehen politisch-ideologische Anknüpfungspunkte für einen Rechtsextremismus bzw. -populismus, der weder sensationelle Wahlerfolge seiner Parteien noch spektakuläre Gewalttaten meist männlicher Jugendlicher braucht, um die Entwicklung der Gesellschaft durch die Beeinflussung des Denkens von Millionen arbeitender Menschen zu beeinträchtigen (vgl. hierzu: Butterwegge/Hentges 2008).

Das neoliberale Projekt verschärft die soziale Ungleichheit nicht nur in der vertikalen, vielmehr auch in der horizontalen Dimension, also hinsichtlich regionaler Disparitäten. Walter Schöni (1994, S. 72) wirft dem Neoliberalismus vor, die soziale Ungleichheit mit dem Ziel individueller Leistungssteigerung zu in-

strumentalisieren und eine soziale Auslese zu betreiben, die zur Spaltung zwischen Zentren und Randregionen, Einheimischen und Ausländer(inne)n sowie höher und niedriger Qualifizierten führt. Sighard Neckel (2006, S. 369) spricht im selben Zusammenhang von der „Verwilderung gesellschaftlicher Konkurrenz“, die mit sozialer Segregation und doppelter Exklusion, von Gewinnern selbst gewählter und Verlierer(inne)n aufgezwungener, einhergeht: „Während die Gewinner ökonomisch, sozialräumlich und symbolisch mittlerweile eine Parallelgesellschaft bilden, endet für Verlierer die Zugehörigkeit beim persönlichen Misserfolg, der ebenso individuell zu verantworten wie sozial abschließend ist.“

Wenn der private Reichtum wächst und die öffentliche wie die private Armut zunehmen, müssten sich von Letzterer unmittelbar Betroffene kollektiv dagegen wehren, an den Rand der Wohlstandsgesellschaft gedrängt und sozial ausgegrenzt zu werden. Aber gerade in schwierigen Zeiten der Massenarbeitslosigkeit und zunehmender Verelendung nimmt die Solidarität eher ab: „Jeder hofft, dass er es ist, der durchkommt oder den Aufstieg schafft – zur Not eben auf Kosten der anderen. Die anderen: Das sind meistens diejenigen, die weniger Kraft haben, weniger Geschick, weniger Geld.“ (Klinger/König 2006, S. 20) Zusammen mit der Individualisierung und der sozialen Polarisierung trägt die neoliberale Leistungsideologie, wonach „jeder seines Glückes Schmied“ ist, zur Entsolidarisierung bei und verhindert, dass eine gemeinsame Abwehrfront zustande kommt. Denn die Armut erscheint teilweise sogar davon unmittelbar Betroffenen nicht als gesellschaftliches Problem, das nur politisch erfolgreich bekämpft werden kann, sondern als selbst verschuldetes Schicksal, das eine gerechte Strafe für Faulheit oder die Unfähigkeit darstellt, sich bzw. seine Arbeitskraft auf dem Markt mit ausreichendem Erlös zu verkaufen, wie der Reichtum umgekehrt als mehr oder weniger angemessene Belohnung für eine überdurchschnittliche Leistung betrachtet wird (vgl. hierzu: Butterwegge 2012).

Die soziale Asymmetrie birgt auch Gefahren für die Demokratie in sich. Wo die Umverteilung von unten nach oben mittels der neoliberalen Ideologie unter Hinweis auf Globalisierungsprozesse – als zur Sicherung des „eigenen Wirtschaftsstandortes“ erforderlich – legitimiert wird, entsteht ein gesellschaftliches Klima, das Ab- und Ausgrenzungsbemühungen gegenüber Minderheiten stützt. Standortnationalismus, (Kultur-)Rassismus und Gewalt sind keineswegs bloß „hinterwäldlerisch“ anmutende Reaktionsweisen direkt betroffener oder benachteiligter Gruppen auf Globalisierungs-, neoliberale Modernisierungs- und soziale Marginalisierungsprozesse. Vielmehr verursachen diese auch in der gesellschaftlichen Mitte bzw. genauer: auf den „höheren Etagen“ bedrohliche Erosionstendenzen. „Gefahren der Entwicklung – auch solche der sozialen Desintegration und rechtsextremer Potentiale – gehen nicht von der ‚Masse‘ der Bevölkerung

aus. In der politischen Qualifikation der alten und neuen Eliten liegt das Problem.“ (Vester 2001, S. 343)

3 Wohnungslosigkeit als Folgewirkung

Die durch zahlreiche Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Rentenreformen verschiedener Bundesregierungen vorangetriebene US-Amerikanisierung des Sozialstaates führt nicht bloß zu einer US-Amerikanisierung der Sozialstruktur (Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich) sowie zu einer US-Amerikanisierung des sozialen Klimas (Reichtum gilt als gerechter Lohn für „Leistungsträger“, Armut als gerechte Strafe für „Leistungsverweigerer“), vielmehr auch zu einer US-Amerikanisierung der Stadtentwicklung (Spaltung der Großstädte). Wenn sich die Gesellschaft polarisiert und der soziale Zusammenhalt schwindet, ist ein Zerfall der Stadt kaum zu vermeiden. Auf der einen Seite entstehen Luxusquartiere, sog. Gated Communities, auf der anderen Seite sog. Armengettos oder „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“, wie sie beschönigend genannt werden.

Armut und Wohnungslosigkeit hängen eng zusammen, sie bedingen einander sogar, zumal Letztere hierzulande die extremste Form der Ersteren ist (vgl. Gillich/Nieslony 2000, S. 11 ff. und 64). Mittlerweile ist der Wohlfahrtsstaat hierzulande so weit demontiert, dass er selbst Wohnungslosigkeit produziert und die sozialen Probleme potenziert. Genannt seien im Rahmen von Hartz IV der Aus- bzw. Umzugsvorbehalt für Unter-25-Jährige, die rigide Sanktionspraxis für diese Personengruppe (völlige Streichung des Arbeitslosengeldes II einschließlich der Aufwendungen für Unterkunft und Heizung nach der zweiten Pflichtverletzung) sowie die im Frühjahr 2011 neu geschaffene Möglichkeit zur Ermächtigung oder Verpflichtung der Kommunen durch das jeweilige Bundesland, eine Mietobergrenze oder eine Wohnpauschale festzusetzen. Hessen hat es seinen Kommunen freigestellt, die Kosten der Unterkunft auf die o.g. Art zu begrenzen, und als erstes Bundesland die rechtlichen Möglichkeiten dafür geschaffen. Inzwischen sind andere Landesregierungen dem schlechten Beispiel gefolgt, und es steht zu befürchten, dass kreisfreie Städte und Landkreise, deren Finanznot bekannt ist, von der ihnen eröffneten Möglichkeit, Geld zu sparen, Gebrauch machen. Dies würde einer Gettoisierung bzw. einer sozialräumlichen Segregation der Armutspopulation, die sich in deutschen Großstädten bereits erkennen lässt, Vorschub leisten, denn zahlreiche Hartz-IV-Empfänger/innen wären gezwungen, ihre bisher vom zuständigen Grundsicherungsträger bezahlte Wohnung in einem gutbürgerlichen Stadtviertel aufzugeben und in eine Hochhaus-siedlung am Stadtrand zu ziehen, wo die Mieten niedriger sind.

Was man als Hauptmann-von-Köpenick-Paradox bezeichnen kann, dringt langsam vom Rand ins Zentrum der Gesellschaft vor: Wer keine Arbeit hat, bekommt keine Wohnung, und wer keine Wohnung hat, bekommt keine Arbeit. Aus diesem Grund besetzte der strafentlassene Schuster Friedrich Wilhelm Voigt, als kaiserlicher Offizier verkleidet, in Carl Zuckmayers berühmter Tragikomödie von 1930 mit unterwegs seinem Kommando unterstellten kaiserlichen Gardesoldaten das Rathaus einer nahe Berlin gelegenen Stadt, konnte sich dort aber nicht den erhofften Pass besorgen, weil die dafür zuständige Amtsstelle wider Erwarten fehlte.

Zwar spricht alle Welt von „Hartz IV“ und der „Bildungsarmut“ bei Kindern mit Migrationshintergrund, aber (fast) niemand über Wohnungsnot, die vielen Menschen droht, wenn man dieser Gefahr nicht entschlossener als bisher entgegenwirkt. Die überraschende Schließung ihres Betriebes, die Kündigung des eigenen Arbeitsverhältnisses sowie Ehekonflikte und Suchterkrankungen sind zwar Auslöser, nicht jedoch Ursachen der zunehmenden Wohnungslosigkeit, die in den bestehenden Gesellschaftsstrukturen, den herrschenden Eigentumsverhältnissen und sich häufenden sozioökonomischen Krisenerscheinungen gesucht werden müssen.

Wenn die Wohnungen ebenso wie Waschmaschinen, Weinregale und Würstchen als Waren be- und gehandelt werden, können Menschen ohne bzw. mit geringem Einkommen auf dem entsprechenden Markt nicht mithalten. Seit geraumer Zeit wird Arbeit (für die Unternehmer) immer billiger, Wohnraum (für die Niedriglöhner/innen) immer teurer. Während die Reallöhne sinken, steigen die Mieten – jedenfalls in den Ballungszentren und Boomtowns der Bundesrepublik. Die sich zuspitzenden Probleme auf manchen lokalen Wohnungsmärkten erwachsen aus dem heutigen Finanzmarktkapitalismus, dessen Hauptakteure das Immobiliengeschäft erobern, wenn man städtische Wohnungsbaugesellschaften privatisiert, Private-equity-Firmen („Heuschrecken“) wie Blackstone, Cerberus oder Fortress massenhaft kommunale Wohnungsbestände aufkaufen, die für sie attraktive Spekulationsobjekte darstellen, und ganze Stadtviertel einem Prozess der Gentrifizierung unterworfen werden. Vormalig preisgünstige Mietwohnungen werden teilweise systematisch heruntergewirtschaftet, saniert und zu teuren Eigentumswohnungen gemacht. Außerdem wird „Betongold“ im Gefolge der Finanz-, Wirtschafts- und Währungskrise immer beliebter, weil die Anleger weitere Bankpleiten und Börsenzusammenbrüche fürchten. Dadurch steigen in bevorzugten Stadtlagen fast automatisch die Immobilienpreise und in deren Gefolge die Mieten. Eine überbordende Nachfrage bedeutet letztlich Mietmonopoly, also Klassenkampf auf dem Wohnungsmarkt.

Während die Statistiker beispielsweise genau erfassen, wie viele Rammler es gibt, fehlen offizielle Zahlen darüber, wie viele Menschen ohne Wohnung

dastehen. Umso notwendiger ist die Forderung an den Bund, für eine solide Datengrundlage zu sorgen, die es bisher nur in wenigen Bundesländern gibt. Nach einem deutlichen Rückgang während der 1990er-Jahre existieren Schätzungen der BAG Wohnungslosenhilfe zufolge in der Bundesrepublik heute wieder rund 284.000 Wohnungslose, von denen ca. 24.000 auf der Straße leben. Darunter befinden sich immer weniger Berber oder Trebegänger, wie die „klassischen“ Obdachlosen genannt wurden. Stattdessen steigt die Zahl der Mittelschichtangehörigen, von (Solo-)Selbstständigen, Freiberuflern und akademisch Gebildeten, die gewissermaßen „in die Gosse“ abrutschen.

Statt der Wohnungslosigkeit bekämpfen Stadtverwaltungen lieber die davon Betroffenen. Obdachlose sind die marktfremsten Mitglieder der Gesellschaft, denen aus diesem Grund im Zeichen der neoliberalen Globalisierung bzw. Modernisierung nur sehr geringe Ressourcen und wenige Unterstützungsmaßnahmen wie Notunterkünfte, Nachtasyle und Kältebusse zur Verfügung stehen. Für auf der Straße lebende Menschen gilt zudem ein besonders rigides Armutsregime: Polizeirazzien, Platzverweise, Aufenthaltsverbote und Schikanen privater Sicherheitsdienste, durch die sozial Benachteiligte aus den Innenstädten vertrieben werden, sind typisch dafür (vgl. dazu: Simon 2001).

Nötig wären stattdessen eine Umverteilung des privaten Reichtums, die Wiedererhebung der Vermögensteuer und die Wiederbelebung des Sozialen Wohnungsbaus. Ohne einen grundlegenden Kurswechsel in der Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik lässt sich die Vermehrung der Obdachlosigkeit nie ausschließen. Auch ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn, der dazu beitragen könnte, den ausufernden Niedriglohnsektor einzudämmen, sowie eine bedarfsgerechte, armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung, die ohne Pauschalierung der Wohn- und Heizkosten auskommt, gehören zu den erforderlichen Gegenmaßnahmen.

Literatur

- Berthold, Norbert (1997): Der Sozialstaat im Zeitalter der Globalisierung, Tübingen
- Bosch, Gerhard/Weinkopf, Claudia (Hrsg.) (2007): Arbeiten für wenig Geld. Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland, Frankfurt am Main/New York
- Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.) (2008): Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Opladen/Farmington Hills
- Butterwegge, Christoph/Kluntz, Michael/Belke-Zeng, Matthias (2008): Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland, 2. Aufl. Wiesbaden
- Butterwegge, Christoph (2012): Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird, 3. Aufl. Frankfurt am Main/New York

- Butterwegge, Christoph/Bosbach, Gerd/Birkwald, Matthias W. (Hrsg.) (2012): *Armut im Alter. Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung*, Frankfurt am Main/New York
- Butterwegge, Christoph (2013): *Krise und Zukunft des Sozialstaates*, 5. Aufl. Wiesbaden
- Friedman, Milton (1984): *Kapitalismus und Freiheit*, Frankfurt am Main/Berlin (West)/Wien
- Garland, David (2008): *Kultur der Kontrolle. Verbrechensbekämpfung und soziale Ordnung in der Gegenwart*, Frankfurt am Main/New York
- Gillich, Stefan/Nieslony, Frank (2000): *Armut und Wohnungslosigkeit. Grundlagen, Zusammenhänge und Erscheinungsformen*, Köln/Wien/Aarau
- Gössner, Rolf (2007): *Menschenrechte in Zeiten des Terrors. Kollateralschäden an der „Heimatfront“*, Hamburg
- Hank, Rainer (2000): *Das Ende der Gleichheit oder Warum der Kapitalismus mehr Wettbewerb braucht*, Frankfurt am Main
- Kelle, Udo (2007): „Kundenorientierung“ in der Altenpflege? – Potemkinsche Dörfer sozialpolitischen Qualitätsmanagements, in: *PROKLA* 146, S. 113-128
- Klein, Angela (2004): Sozialreformen und sozialer Widerstand in der EU, in: Holger Kindler/Ada-Charlotte Regelman/Marco Tullney (Hrsg.), *Die Folgen der Agenda 2010. Alte und neue Zwänge des Sozialstaats*, Hamburg, S. 166-184
- Klinger, Nadja/König, Jens (2006): *Einfach abgehängt. Ein wahrer Bericht über die neue Armut in Deutschland*, Berlin
- Leiterer, Susanne Paula (2007): „Zero Tolerance“ gegen soziale Randgruppen? – Hoheitliche Maßnahmen gegen Mitglieder der Drogenszene, Wohnungslose, Trinker und Bettler in New York City und Deutschland, Berlin
- Mayer-Ahuja, Nicole (2003): *Wieder dienen lernen? – Vom westdeutschen „Normalarbeitsverhältnis“ zu prekärer Beschäftigung*, Berlin
- Mührel, Eric (2005): *Eigenverantwortung – Anmerkungen zur Ambivalenz einer neuen Kultur des Sozialen*, in: *Neue Praxis* 6, S. 676-681
- Neckel, Sigward (2006): *Gewinner – Verlierer*, in: Stephan Lessenich/Frank Nullmeier (Hrsg.), *Deutschland – eine gesplante Gesellschaft*, Frankfurt am Main/New York, S. 353-371
- Nozick, Robert (o.J.; 1976): *Anarchie – Staat – Utopia*, München
- Ortner, Helmut/Pilgram, Arno/Steinert, Heinz (Hrsg.) (1998): *Die Null-Lösung. New Yorker „Zero-Tolerance“-Politik – das Ende der urbanen Toleranz?*, Baden-Baden
- Schöni, Walter (1994): Standortwettbewerb versus Sozialpartnerschaft. Zur Krise der wirtschafts- und sozialpolitischen Regulierung, in: *Widerspruch* 27, S. 67-78
- Simon, Titus (2001): *Wem gehört der öffentliche Raum? – Zum Umgang mit Armen und Randgruppen in Deutschlands Städten. Gesellschaftspolitische Entwicklungen, rechtliche Grundlagen und empirische Befunde*, Opladen
- Strengmann-Kuhn, Wolfgang (2003): *Armut trotz Erwerbstätigkeit. Analysen und sozialpolitische Konsequenzen*, Frankfurt am Main/New York
- Trojanow, Ilija/Zeh, Juli (2009): *Angriff auf die Freiheit. Sicherheitswahn, Überwachungsstaat und der Abbau bürgerlicher Rechte*, München
- Trube, Achim (2006): *Vom Sozialstaat zum Konditionalstaat – Grundzüge des Umbaus und die Folgen für das gesellschaftliche Gefüge*, in: Björn Böhning/Klaus Dör-

- re/Andrea Nahles (Hrsg.), *Unterschichten? Prekariat? Klassen? – Moderne Politik gegen soziale Ausgrenzung*, Dortmund, S. 34-45
- Unger, Thomas (Hrsg.) (2006): *Bitte bewahren Sie die Ruhe! – Leben im Feindrechtsstaat*, Berlin
- Vester, Michael (2001): Wer sind heute die „gefährlichen Klassen“? – Soziale Milieus und gesellschaftspolitische Lager im Wandel, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien*, Frankfurt am Main, S. 298-345
- Vester, Michael (2005): Der Wohlfahrtsstaat in der Krise. Die Politik der Zumutungen und der Eigensinn der Alltagsmenschen, in: Franz Schultheis/Kristina Schulz (Hrsg.), *Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag*, Konstanz, S. 21-33
- Wacquant, Loïc (2009): *Bestrafen der Armen. Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit*, Opladen/Farmington Hills

Wenn Würde zur Ware verkommt
Soziale Ungleichheit, Teilhabe und Verwirklichung eines
Rechts auf Wohnraum
Keicher, R.; Gillich, S. (Hrsg.)
2014, VIII, 211 S. 19 Abb., Softcover
ISBN: 978-3-658-04442-8